



Bürgermeister Möllering  
Gemeinde Neuenkirchen  
Hauptstraße 16

48485 Neuenkirchen

## Ratsfraktion Neuenkirchen

**Ellen Pfennig**  
Fraktionssprecherin  
**Manfred Krüger**  
stell. Fraktionssprecher

Wachtelstr. 33  
48485 Neuenkirchen  
05973-2393

pfennig.ellen@googlemail.com

Neuenkirchen, 31.05.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Bündnis 90/Die Grünen übermitteln Ihnen folgenden Beschlussvorschlag:

### **Antrag an den Rat der Gemeinde Neuenkirchen**

**„Klimanotstand ausrufen - jetzt handeln, um die Zukunft der kommenden Generation zu schützen!“**

Wir, die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen, der Rat der Gemeinde Neuenkirchen möge beschließen:

1. Die Gemeinde Neuenkirchen unterstützt die Resolution zur Ausrufung des „Klimanotstandes“, wie sie in der Antragsbegründung beschrieben ist.
2. Alle politischen Entscheidungen sollen zukünftig mit Blick darauf betrachtet werden, ob sie klimafreundlich, klimaschädlich oder klimaneutral sind. Die Beschlussvorlagen sind dem entsprechend zu ergänzen.

### **Begründung:**

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur insgesamt auf unserem Heimatplaneten Erde: Das Aussterben von Tierarten oder speziell der gut dokumentierte Rückgang von Fluginsekten sind nur Vorboten bald nicht mehr aufzuhaltender Entwicklungen.

Auch bei uns in Neuenkirchen werden die Folgen spürbar und offensichtlich, wenn zum Beispiel während des Dürresommers des Jahres 2018 und der aktuell anhaltenden Trockenheit Bewässerung erfolgen muss, um ein Absterben zu verhindern. Oder wenn in den vergangenen Jahren bereits mehrfach Starkregenereignisse

(,urbane Sturzfluten') die Gemeinde getroffen und die Aufnahmekapazitäten des Kanalsystems überfordert haben. Nicht zuletzt waren die vergangenen fünf Jahre laut Umweltbundesamt die durchschnittlich wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

Hier sind präventive Maßnahmen geboten und teils auch bereits umgesetzt, die die Gemeinde bei kommunalen Gebäuden und Infrastrukturen widerstandsfähiger gegenüber Starkregen und Hitze machen, oder auch beispielsweise Pflanzen und Bäume auszuwählen, die das bereits geänderte Klima besser ertragen können. Gleichzeitig ist es dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik generell effiziente und konsequente Maßnahmen zu ergreifen, um die drohende Katastrophe noch aufzuhalten.

Es ist anzuerkennen, dass sich die Gemeinde Neuenkirchen mit Politik und Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden in den vergangenen Jahren durch eine Vielzahl von Maßnahmen - darunter auch etliche von der Fraktion DIE GRÜNEN beantragten - auf den Weg gemacht und bereits Erfolge erzielt hat. Es ist gleichzeitig aber absehbar, dass diese Anstrengungen bei weitem noch nicht ausreichen.

Damit ist Neuenkirchen nicht allein: Weltweit haben Kommunen dies erkannt und nun begonnen, den Klimanotstand auszurufen und damit ein Signal gesetzt, um jegliche Aktivitäten immer und grundsätzlich auch unter dem Aspekt der Klimaverträglichkeit zu betrachten, und alle gegebenen Steuerungsmöglichkeiten zu nutzen. Denn: Es ist Zeit zu handeln!

Um dies insbesondere auch in der politischen Arbeit vor Ort nachzuhalten fordern wir, dass ab September 2019 alle Beschlussvorlagen vergleichbar zu den ‚finanziellen Auswirkungen‘ um den Punkt „Klimafolgen“ ergänzt werden, und dargestellt wird, inwiefern und in welchem Maße zur Realisierung vorgesehene gemeindlichen Maßnahmen und Projekte sich förderlich, neutral oder schädlich auf das Klima auswirken.

Die jeweiligen (positiven und negativen) Auswirkungen auf das Klima sollen in Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzbeauftragten in der Begründung dargestellt werden. Wird eine negative Klimarelevanz festgestellt, muss eine klimaschonende Alternative aufgezeigt und eine mögliche Kompensationsmaßnahme vorgeschlagen werden.

Weiter fordern wir die Gemeindeverwaltung auf, die Rolle des Klimaschutzes als eine Querschnittsaufgabe wahrzunehmen und entsprechende Strukturen in der Verwaltung zu schaffen. Den Klimaschutzbeauftragten gilt es aufzuwerten und mit entsprechenden Personal- und Sachmitteln auszustatten.

Die gemeindlichen Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetriebe sollen diesen Maßgaben ebenfalls inhaltlich und organisatorisch folgen.

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Ellen Pfennig

Fraktionssprecherin

## **Klimanotstand („Climate Emergency“)<sup>1</sup> der Gemeinde Neuenkirchen**

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5°C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Natur-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken.

Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln!

Die Gemeinde Neuenkirchen erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an:

- Die Gemeinde Neuenkirchen wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Die Gemeinde Neuenkirchen orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere im Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Die Gemeinde Neuenkirchen fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.
- Die Gemeinde Neuenkirchen fordert die Bundesregierung und die Landesregierung dazu auf, zukünftig umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, zu informieren.

---

<sup>1</sup> Die Begriffe «Climate Emergency» bzw. «Klimanotstand» sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein!